

Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Mittwoch, 11.08.2010
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:30 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verw. gebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Bolinus, Rolf

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Grix, Helga (bis 17:30 Uhr)
Meyer, Elfriede
Meyer, Lina
Schulze, Kai-Uwe

CDU-Fraktion

Janßen, Heinz Werner
Orth, Petra

FDP-Fraktion

Hoofdmann, Erwin für Heino Ammersken

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Schild, Walter

Beratende Mitglieder

Haarmeyer, Norbert
Hayenga, Klaas
Janssen, Soghra
Kandziora, Marianne

von der Verwaltung

Tempel, Doris
Engels, Josef
Ludwigs, Joachim
Obes, Dirk Dr.
Szag, Elisabeth
Dübbelde, Sven

Protokollführung

Rauch, Agnes

Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr R. Bolinius begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 23.06.2010

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 23.06.2010 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Finanzielle Förderung im Rahmen der offenen Altenhilfe - nicht projektgebunden
hier: Zuschüsse 2010
Vorlage: 15/1646

Frau Tempel erklärt, bei dieser Vorlage gehe es um die finanzielle Förderung im Rahmen der offenen Altenhilfe, die im Jahre 2008 eingeführt worden sei. Im Budget des Fachbereichs würden hierfür jährlich 10.000 € für Vereine und Verbände zur Verfügung stehen, die im Bereich der aktiven und offenen Altenhilfe tätig seien. In diesem Jahr hätten 23 Institutionen einen Antrag gestellt. Das Geld sei nach den vorliegenden Richtlinien entsprechend auf diese Organisationen verteilt worden.

Frau L. Meyer bedankt sich bei der Verwaltung für den reibungslosen Ablauf und freue sich über diese positive Entwicklung.

Frau Orth bittet um Erläuterung bezüglich der Verteilung der Zuschussbeträge.

Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Frau Tempel bemerkt, die einzelnen Beträge seien der Anlage zur Vorlage 15/1646 zu entnehmen. Zunächst gäbe es einen Sockelbetrag in Höhe von 5.000,-- €, der durch alle Antragsteller geteilt werde. Je nach Aktivität der jeweiligen Vereine und Verbände werde ein Betrag aufgesattelt, sodass man dann letztendlich zu diesen Einzelbeträgen komme.

Herr Schulze bittet um Information zur Pfarrei Christ König.

Frau Tempel entgegnet, die Pfarrei Christ König sei ein Zusammenschluss der beiden katholischen Gemeinden St. Michael und St. Walburga.

Beschluss: Der Verwaltungsausschuss beschließt über die fristgerecht eingegangenen Anträge auf Gewährung eines Zuschusses zur Förderung der Seniorenarbeit – nicht projektgebunden - für das Jahr 2010 wie in der Anlage zur Vorlage 15/1646 dargestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Bezuschussung der Übernachtungseinrichtung "Alte Liebe",
Übernahme der in den Jahren 2008 und 2009 entstandenen Defizite
Vorlage: 15/1647

Herr Ludwigs erklärt, der Synodalverband Nördliches Ostfriesland hat mit Schreiben vom 19.05.2010 die Übernahme der in den Jahren 2008 und 2009 entstandenen Defizite in Höhe von 42.416,00 € beantragt.

Frau L. Meyer bemerkt, wenn es absehbar sei, dass auch für das Jahr 2010 die Übernahme eines Defizits beantragt werde, schlage sie vor, den Betrag von vornherein so zu erhöhen, dass dieser auskömmlich sei.

Frau Tempel führt aus, die mit dem Synodalverband geschlossene Leistungsvereinbarung werde demnächst neu verhandelt und dementsprechend geändert, sodass diese nachträglichen Anträge nicht mehr gestellt werden müssten.

Frau Orth teilt mit, es habe sie gefreut, dass die Übernachtungszahlen eigentlich rückläufig und für die wohnungslosen Menschen andere Lösungen gefunden worden seien. Sie hoffe, dass auch zukünftig diese Entwicklung anhalten werde.

Herr Schild betont, es sei zu begrüßen, wenn eine neue Leistungsvereinbarung getroffen werde, die so gestaltet sei, dass nicht in jedem Fall ein Antrag eingereicht werden müsse. Die dort geleistete Arbeit sei wichtig und dürfe eigentlich nicht an Zahlen festgemacht werden. Was dort geleistet werde, sei auf jeden Fall unterstützenswert.

Herr Götze weist auf die Auswirkungen auf den Demografieprozess auf der Vorlage hin und erklärt, hier zeige sich, dass die längeren Übernachtungszeiten geringer würden und dass der Anteil der jungen Menschen mit 25 % sehr hoch sei. Seiner Meinung nach würde sich hier etwas verändern, daher schlage er vor, bei der Leistungsvereinbarung genau hinzusehen.

Beschluss: Der Verwaltungsausschuss der Stadt Emden beschließt die Übernahme der in den Jahren 2008 und 2009 entstandenen Defizite in Höhe von insgesamt 42.416,-- Euro.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

TOP 7 Leistungsvereinbarung mit dem Verein "Frühförderung Emden e.V." über das Angebot von heilpädagogischen Maßnahmen in Form von Frühförderung für noch nicht schulpflichtige Kinder mit einer Behinderung oder die von Behinderung bedroht sind
Vorlage: 15/1648

Frau Szag führt aus, die Stadt Emden habe mit einer Reihe von Anbietern vor einigen Jahren Leistungsvereinbarungen geschlossen, die nach einer gewissen Zeit überarbeitet werden müssten. Nun sei die Leistungsvereinbarung mit der Frühförderung Emden e. V. an die jetzigen Rechtsvorschriften angepasst und der Inhalt in die jetzt geschlossene Form überführt worden. Die Arbeit der Frühförderstelle selber habe sich nicht geändert.

Auf die Frage von **Frau L. Meyer** nach der Laufzeit erklärt **Frau Szag**, in der Regel werden die Leistungsvereinbarungen auf zwölf Monate geschlossen und würden sich um ein weiteres Jahr verlängern, wenn nicht gekündigt werde. Es bestehe jedoch jederzeit die Möglichkeit, eine Leistungsvereinbarung anzupassen.

Frau L. Meyer fragt an, ob es Zuschüsse vom Land oder Bund geben würde.

Frau Szag erwidert, es handele sich hierbei um eine ambulante Maßnahme und sei somit Sache der Kommune. Die Kinder hätten darauf einen Rechtsanspruch.

Frau Orth begrüßt diese Leistungsvereinbarung und wirft die Frage auf, ob Tendenzen hinsichtlich des Demografiewandels erkennbar und die Zahlen rückläufig seien.

Frau Szag entgegnet, hier sei eher eine Zunahme zu verzeichnen. Dabei seien nicht nur die Kinder betroffen, die eine ganz eindeutige geistige oder körperliche Behinderung hätten, sondern auch die, bei denen eine Entwicklungsverzögerung vorliegen würde oder diejenigen, die verhaltensauffällig seien.

Beschluss: Zwischen der Stadt Emden und dem Verein „Frühförderung Emden e.V.“ wird die der Vorlage 15/1648 als Anlage beigefügte Leistungsvereinbarung geschlossen. Die Prüfungs- und Entgeltvereinbarung sind jeweils ebenfalls anzupassen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 8 Entwicklung eines Sozialpolitischen Leitbildes für die Stadt Emden
Vorlage: 15/1649

Herr Engels führt aus, bereits in der letzten Sitzung sei darüber informiert worden, was in Emden im sozialen Bereich passiere und wie die Lebenssituationen der Menschen in Emden sei. Im Rahmen der Sozialberichterstattung habe er deutlich gemacht, dass die Stadt Emden in einen neuen Prozess der Sozialpolitik einsteigen wolle. Heute wolle er die Entwicklung eines sozialpolitischen Leitbildes vorstellen, dem letzten Endes die Frage folge, was mache man mit den Daten und Fakten. Seiner Meinung nach sollten diese Informationen dazu dienen, die Sozialpolitik zu unterstützen. Daran knüpfte sich auch die Frage, was Sozialpolitik denn sei.

Herr Engels erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation die Entwicklung eines sozialpolitischen Leitbildes für die Stadt Emden. Die Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr R. Bolinius bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Frau Orth fragt an, in welcher Zeit und mit welchem Personalaufwand dieses Leitbild entwickelt werde.

Herr Engels erklärt, wie bereits in der Beschlussvorlage beschrieben, werde zunächst einmal ein Workshop durchgeführt. Ein wesentliches Kriterium sei, dass aus allen Bereichen Leute vorhanden seien, die diese Arbeit mittragen würden. Es reiche seines Erachtens nicht aus, wenn nur die Verwaltung vertreten sei. Auch müssten Vertreter der Politik aus den anderen Ausschüssen ausreichend beteiligt werden. Nur durch eine gewissenhafte Arbeit könne dieser Prozess mit gestaltet werden.

Herr Götze fragt an, wie sich die in der Vorlage genannte Lenkungsgruppe zusammensetze.

Herr Engels bemerkt, diese Lenkungsgruppe setze sich zusammen aus der Leiterin des Fachbereichs Gesundheit und Soziales, Frau Tempel, dem Leiter des Fachbereichs Jugend, Schule und Sport, Herrn Sprengelmeyer, der Gleichstellungsbeauftragten, Frau Fekken, sowie Herrn Dübbelde und ihm.

Herr Schild stellt fest, die Vorlage erinnere ihn ein wenig an die Erstellung des Integrationsrahmenplanes. Wenn politisches bzw. soziales Handeln eine aktive präventive Rolle spielen würde, so sei es wichtig, dass sich diese Leute tatsächlich einmal zusammen an einen Tisch setzen und etwas erarbeiten würden. In den Ausschüssen finde eine tiefer gehende sich mit den Problemen beschäftigende Diskussion nicht statt. Seiner Meinung nach könne hier von einem Kanaldeckelsyndrom gesprochen werden, da dem Rat von der Verwaltung die Vorlagen gegeben würden, über die sie entscheiden müssten. Eine Diskussion über eine Zielsetzung und –festlegung, sodass man in den verschiedenen Sozialräumen eine Handlung erkenne, finde ebenfalls nicht statt. Er bedauere dieses sehr, stelle aber fest, dass man sich nur in seltenen Fällen tiefer mit einem Problem auseinandersetzen könne. In den Ausschüssen werde nur darüber entschieden, was die Verwaltung dem Rat vorlegen würde. So würde z. B. die demografische Entwicklung nur am Rande angesprochen, eine Auseinandersetzung mit diesem Thema fehle jedoch. Seines Erachtens müsse die Möglichkeit bestehen, sich mit den Zielsetzungen auseinanderzusetzen, die über fünf Jahre reichen würden und nicht nur von der Verwaltung vorgelegt würden. Die Politik müsse aktiv und präventiv eine Rolle übernehmen. Insofern begrüße er die Absicht, ein Leitbild zu erstellen.

Frau Kandziora stellt sich die Frage, für wen dieses Leitbild erstellt werde. Sie würde Wert darauf legen, dass man in dem Workshop kläre, wie dieses Leitbild aussehen solle und wem es zur Verfügung gestellt werde. Es mache ihrer Meinung nach wenig Sinn, ein Leitbild zu erstellen, dass viel Geld und Arbeit gekostet habe und anschließend in der Schublade lande. Es müsse erreicht werden, dass sich noch mehr Leute mit diesen Themen auseinandersetzen. Von daher müsse man schon im Vorfeld sagen, wem dieses Leitbild zugänglich gemacht werden sollte, damit man auch feststellen könne, dass sich das Handeln aufgrund des demografischen Wandels verändern müsse. Dieses sei sehr wichtig, bevor man sich für eine Mitarbeit melde und seine Zeit einsetze.

Frau Tempel stellt fest, die Verwaltung vertrete ebenfalls diese Linie. Ihrer Ansicht nach werde auch damit das Ziel verknüpft, gemeinsam mit der Politik, der Verwaltung, den entsprechenden Organisationen und sonstigen ehrenamtlich Tätigkeiten eine Handlungsgrundlage zu erarbeiten. Frau Tempel weist darauf hin, dass aufgrund der Haushaltssituation in den nächsten Jahren mit einem erheblichen Defizit zu gerechnet werden müsse. Da sich der erste Blick der Genehmigungsbehörde in erster Linie auf die Personalausgaben einer Verwaltung richte, müsse der Rat sagen, ob er die hier aufgebauten Strukturen im sozialen Bereich erhalten wolle. Der

Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

zweite Blick richte sich danach, wie hoch die Ausgaben im sozialen Bereich seien und welche Ausgaben freiwillig geleistet würden. Frau Tempel berichtet von einem im Juni stattgefundenen Workshop zur Aufstellung und zum Inhalt eines Haushaltssicherungskonzeptes. Kürzungen sollten mit Augenmaß vorgenommen werden. Sie sollten insbesondere bei den freiwilligen Ausgaben nicht dazu führen, dass bewährte Strukturen fortfallen.

Weiter erklärt Frau Tempel, das Leitbild diene auch dazu, der Kommunalaufsicht gegenüber zu präsentieren, welche sozialpolitischen Ziele die Stadt Emden verfolge und welche sozialen Strukturen dafür benötigt werden. Wie bereits Herr Schild ausgeführt habe, sei es wichtig, gemeinsam zu diskutieren, um dann aufgrund des erstellten Leitbildes auch dokumentieren zu können, dass der Rat im sozialen Bereich bestimmte Dinge mit den vorhandenen Mitteln weiterhin aufrecht erhalten wolle.

Herr Engels bemerkt, er habe eine kleine Broschüre entworfen, die über die Erstellung eines Leitbildes informiere. Diese Broschüre werde er in der nächsten Zeit verteilen, damit sie Grundlage des Workshops werde, um auch in den Prozess der Leitbilderstellung einzuführen.

Frau Orth stellt fest, die Arbeit müsse in der Verwaltung stattfinden, da dort die Fachleute seien, die die Dinge sammeln und ausarbeiten würden. Dennoch müsse im Rat diskutiert werden. Nur gemeinsam könne man ein Ziel erreichen und Handlungsempfehlungen erarbeiten, wie die Stadt weiter vorgehen könne.

Herr Schulze schließt sich den Wortbeiträgen seiner Vorredner an und erklärt, die Verwaltung habe hier einen Vorschlag gemacht, den der Rat zustimmen oder ablehnen könne. Die Politik würde mit der Verwaltung und mit Fachleuten in einem Workshop gemeinsam diskutieren. In einem Ausschuss sei dieses so nicht möglich.

Herr Götze begrüßt die Erstellung des Leitbildes. Seiner Ansicht nach könne die Verwaltung jedoch nur einen Vorschlag machen, wie der Rat an diese Themen herangehe. Die sich hieraus ergebenden Felder müssten mit vielen Institutionen diskutiert werden und auch das Denken und das Bewusstsein in der Emdener Bevölkerung müssten sich ändern. Herr Götze stellt fest, dass in Emden die Straßen fast alle in Ordnung seien, doch in Barenburg gäbe es 50 % Kinderarmut. Die prekären Situationen müssten erkannt und verbessert werden, um letztendlich auch im sozialen Bereich Geld zu sparen. Wenn am Anfang nichts unternommen werde, würden sich die Probleme im Erwachsenenleben weiter fortsetzen. Dazu gehöre seines Erachtens auch, das Bewusstsein der Menschen zu ändern, um zu sehen, was bei den anderen Familien benötigt werde. Abschließend stellt Herr Götze heraus, Kommunalpolitik sei in erster Linie Sozialpolitik und nicht die Reparatur von Straßen.

Herr Hayenga erinnert an die vor über 20 Jahren in Emden gegründete psychosoziale Arbeitsgemeinschaft. Damals sei es gelungen, viele Institutionen aus allen Bereichen an einen Tisch zu bekommen, um so einen Beratungsführer zu erstellen. Seine Erfahrung aus dieser Zeit sei gewesen, dass es sehr wichtig sei, zunächst erst einmal alle großen Institutionen zu erreichen, die an dem Prozess mitwirken müssten. Daher sollte sich die Lenkungsgruppe schon jetzt überlegen, in welcher Art und Weise sie die Institutionen ansprechen wolle.

Herr Haarmeyer bemerkt, er sei sehr skeptisch und pessimistisch gewesen, als im Caritasverband eine Leitbilddiskussion geführt worden sei. Nach der Fertigstellung habe er jedoch feststellen müssen, dass dieses Leitbild eine wirklich gute Sache sei. Von daher begrüße er das Vorhaben, da eine Vernetzung sicherlich nötig sei.

Herr Schild stimmt zu, dass die Zusammenarbeit aus den vielfältigsten Institutionen und Vereinen letztendlich der Politik helfen könne, Entscheidungen zu treffen. Jedoch müsse man auf

Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

jedem Fall auch wissen, welche Streichungen vorgenommen und was erhalten werden müsse. Seiner Meinung nach sei es in der jetzigen Situation absolut notwendig, damit zu beginnen, in die Zukunft zu schauen, was in den nächsten fünf Jahren passiere. Der Rat lasse sich zwar die Vorlagen durch die Verwaltung geben, doch die Kommunalpolitiker müssten so erfahren sein und wissen, worüber sie entscheiden und welche Ziele sie für die nahe Zukunft setzen wollen.

Herr Engels betont, es sei im Laufe der Jahrzehnte schon eine ganze Menge an Versuchen gemacht worden, die letztendlich auch immer wieder funktioniert hätten, aber an Personen gebunden gewesen seien. Wenn diese Personen weggegangen seien, dann sei das Ganze zerbrochen, da es keinen Nachfolger gegeben habe. Häufig treffe dieses besonders die ehrenamtliche Arbeit, da diese an Personen und nicht an einem Ziel gebunden sei.

Frau E. Meyer begrüßt die Erstellung eines sozialpolitischen Leitbildes. Doch es sei keinesfalls so, dass in den letzten Jahren nichts getan worden sei. Auch ohne ein sozialpolitisches Leitbild seien in der Vergangenheit Projekte umgesetzt worden.

Herr Engels stimmt den Ausführungen von Frau E. Meyer zu. Mit Sicherheit würde es in Emden weitaus bitterer aussehen, wenn es die Politik der letzten Jahre nicht gegeben hätte. Gerade auch der Fachbereich Gesundheit und Soziales habe sich sehr gut entwickelt.

Frau Orth betont, der soziale Bereich gäbe nahezu 50 % der Ausgaben einer Stadt aus. Auch sie ist der Ansicht, dass hier sehr viel bewegt und keineswegs etwas vernachlässigt worden sei.

Beschluss: Der Verwaltungsausschuss beschließt, ein sozialpolitisches Leitbild für die Stadt Emden zu erstellen. Hierfür wird folgende Herangehensweise beschlossen. Es wird eine Lenkungsgruppe eingesetzt, der die Aufgabe zukommt, den Prozess der Leitbildentwicklung zu begleiten sowie die durch Arbeitsgruppen entwickelten Ergebnisse auszuwerten und für die Vorstellung in den entsprechenden Ausschüssen aufzubereiten. Die Erstellung des Leitbildes erfolgt auf der inhaltlichen und analytischen Basis der Sozialberichterstattung. Ziel sollte sein, aus den inhaltlichen Ergebnissen eines gemeinsamen Workshops von Politik, Verwaltung und Trägern heraus orientiert an den dort skizzierten Handlungsschwerpunkten Arbeitsgruppen zu bilden. Durch die hier erarbeiteten Ergebnisse wird den entsprechenden Ausschüssen ein sozialpolitisches Leitbild für die Stadt Emden an die Hand zu geben, auf dessen Basis die zukünftige sozialpolitische Arbeit ausgerichtet wird

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 9 Finanzielle Förderung im Rahmen der offenen Altenhilfe - projektbezogen
Vorlage: 15/1650

Frau Tempel erklärt, bei dieser Vorlage gehe es um Zuschüsse, die im Rahmen der offenen Altenhilfe – projektbezogen – verteilt worden seien. Es hätten in diesem Jahr nur fünf Anträge vorgelegen, vier davon seien über das Gremium positiv beschieden worden seien. In allen Projekten würde es sich um die Aktivierung von Seniorinnen und Senioren und auch um Teilnahme am gemeinschaftlichen Leben handeln. Insgesamt habe die Jury 3.000 € vergeben, der Ansatz habe bei ca. 7.000 € gelegen.

Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Frau L. Meyer ist sehr erfreut darüber, dass diese Projekte gefördert würden. Sie bittet um Auskunft, warum das Haus für Kinder und Familien nicht die beantragte Summe in Höhe von 500 € erhalten habe, sondern nur 300 €.

Herr Engels bemerkt, die Organisationen würden Anträge stellen und auch belegen, wie sie die Mittel einsetzen würden. Natürlich sei ehrenamtliche Arbeit auch in einer gewissen Form Geld wert und sei auch bei den Anträgen berücksichtigt worden. Dennoch könne man dieses nicht so hoch ansetzen. Es müsse eine gewisse Übereinstimmung zwischen dem Ziel und dem Einsatz geben. Von daher seien die Kürzungen vorgenommen worden.

Herr Schulze bezieht sich auf den Altenhilfe Emden e.V., der einen Antrag über 3.527 € für die Anschaffung von Wii-Spielekonsolen gestellt hätten, damit die Bewegungsmotorik der alten Menschen unterstützt werde. Seiner Meinung nach koste ein Gerät um die 300 €. Somit könnten zwei Geräte für den Gemeinschaftsraum angeschafft werden, um die Sache zum Laufen zu bringen.

Herr Haarmeyer erläutert, bei dem Antrag vom Haus für Kinder und Familien handele es sich um eine Kooperation mit dem Pflegeheim Haus Simeon. Hier seien nur wenige Personalkosten enthalten. Dort würden Mitarbeiter und Ehrenamtliche des Kindergartens mit den Kindern in das Pflegeheim gehen. Gemeinsam mit den dortigen Mitarbeitern und Ehrenamtlichen würden beide Altersgruppe etwas gemeinsam machen. Dieses sei nicht mit großen Personalkosten verbunden, da es häufig im Rahmen der Arbeitszeit geschehen.

Herr Engels führt zum Projekt der Altenhilfe e. V. aus, hierbei würde es sich um Studierende der Fachhochschule handeln, die das Projekt machen wollten. Dabei müsse man bedenken, dass diese Projektstudenten nach Ende des Projektes wieder weg seien. Man müsse sich natürlich auch überlegen, ob die Nachhaltigkeit in diesen Anträgen nachgewiesen worden sei.

Abschließend regt Herr Engels an, Werbung in den Einrichtungen für die Antragsstellung zu machen.

Herr Schulze erinnert daran, dass noch vor ein paar Jahren es eine große Nachfrage nach dieser finanziellen Förderung gegeben habe. Danach habe die Politik dieses aufgeteilt nach projektgebundener und nicht projektgebundener Förderung. Er sei erstaunt darüber, dass der vorhandene Topf in diesem Jahr nicht voll ausgeschöpft worden sei, da viele Vereine und Verbände keine Anträge gestellt hätten. Dennoch halte er es nicht für den richtigen Weg, hier Werbung zu machen, zumal das Projekt bekannt sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 11 Anfragen

1. Hygienemängel in Krankenhäusern

Frau L. Meyer erklärt, sie habe gehört, dass durch den Personalmangel in den Krankenhäusern in Niedersachsen große Hygienemängel auftreten würden. Sie fragt an, ob die Krankenhäuser selber verantwortlich seien oder ob das Gesundheitsamt prüfen müsse.

Niederschrift Nr. 20 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Dr. Obes führt aus, jedes Krankenhaus müsse eine Hygienefachkraft beschäftigen, die für die Einhaltung der Hygienevorschriften verantwortlich sei, Prüfungen vornehme und sie dokumentiere. Das Gesundheitsamt führe zusätzlich in regelmäßigen Abständen Begehungen des Krankenhauses durch. Für den Emden Bereich könne es feststellen, dass dort keine Gefährdung der Patienten im Bereich der Hygiene erkennbar sei.

2. Träger von Hantaviren

Frau L. Meyer bemerkt, in diesem Jahr würde es sehr viele Mäuse geben, u. a. auch Rötelmäuse, die die Hantaviren übertragen würden. Auch in Niedersachsen seien diese schon verschiedentlich aufgetreten und Menschen seien an diesen Viren erkrankt. Sie erkundigt sich, wer dieses in Emden kontrolliere und ob Fälle bekannt seien.

Herr Dr. Obes sagt eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Anmerkung der Protokollführung:

Träger von Hantaviren sind wildlebende Nagetiere, in Deutschland insbesondere die Rötelmaus. Die Tiere scheiden das Virus über Speichel, Kot und Urin aus. Eine Infektion des Menschen erfolgt meist durch Inhalation von erregerehaltigem Staub. Die Erkrankung beginnt abrupt mit hohem Fieber und weiteren grippeähnlichen Symptomen. Es entwickelt sich eine Blutungsneigung und ein akutes Nierenversagen kann auftreten. In der Regel bessern sich die Symptome nach einigen Tagen.

Nach Auskunft von Herrn Dr. Kleiminger, Fachdienst Veterinärwesen, Verbraucherschutz und Gewerbeamt, liegen derzeit keine Erkenntnisse vor, die Hinweise auf diese Problematik im Raum Emden geben könnten.

Zurzeit stehen weder ein Impfstoff noch eine spezifische Therapie gegen den Erreger zur Verfügung.

Bei einem Nachweis von Hantaviren bei einer akuten Infektion besteht nach § 7 Infektionsschutzgesetz eine namentliche Meldepflicht. Detaillierte weitere Hinweise gibt ein Merkblatt des Robert-Koch-Institutes (www.rki.de > Infektionskrankheiten A-Z > Hantavirus-Infektionen > Prävention und Bekämpfungsmaßnahmen).

3. Funktion im Gesundheitsamt

Herr Schulze erkundigt sich bei Herrn Dr. Obes nach seiner Funktion im Gesundheitsamt.

Herr Dr. Obes erklärt, er habe zunächst sein Pharmaziestudium abgeschlossen. Im Anschluss daran habe er Medizin studiert. Vor seiner jetzigen Tätigkeit im Gesundheitsamt sei er zwei Jahren in der Krankenhausapotheke beschäftigt gewesen. Nunmehr sei er als angestellter Arzt im Gesundheitsamt tätig und unterstütze die Herren Dr. Decker und Esch.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.